



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

37/2015 11.09.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Fachtagung

Normen und Stand der Technik in der Öffentlichen Verwaltung

12. November 2015, Landhaus, Linz

Veranstalter: Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre in Kooperation mit dem Amt der Oö. Landesregierung

Neu: 2. aktualisierte und erweiterte Auflage

Franz Leidenmühler

Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Studienbuch Europarecht wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union.

35 Euro, 2. Auflage, XX und 296 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. Juli 2015, ISBN 978-3-902883-24-7.

Zu beziehen ua über www.pedell.at

I. Bundesgesetzblatt

BGBI II 245/2015

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über die **Verlängerung der Anspruchsdauer für den Bezug von Studienbeihilfe für Studierendenvertreterinnen und Studierendenvertreter**

[BGBl II 246/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend die Statistik über den Gartenbau und den Feldgemüseanbau (**Gartenbau- und Feldgemüseanbauerhebungsverordnung 2015**)

[BGBl II 251/2015](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über die Abgabe bestimmter gefährlicher Stoffe und Gemische an private Letztverbraucher im Wege der Selbstbedienung (**Selbstbedienungsverordnung**)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 232 v 04.09.2015, 1](#)

Beschluss (EU) 2015/1469 der Kommission vom 23. Juli 2014 über die **staatliche Beihilfe** SA 30743 (2012/C) (ex N 138/10) — Deutschland — Finanzierung von **Infrastrukturmaßnahmen am Flughafen Leipzig/Halle (2)** (Bekanntgegeben unter Aktenzeichen C(2014) 5071)

[ABI L 235 v 09.09.2015, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2015/1501 der Kommission vom 8. September 2015 über den **Interoperabilitätsrahmen** gemäß Artikel 12 Absatz 8 der Verordnung (EU) Nr 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für **elektronische Transaktionen im Binnenmarkt**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

Keine Erkenntnisse im Berichtszeitraum.

B. Verwaltungsgerichtshof

23.06.2015, [2013/05/0056](#)

Oö BauO; da eine **Änderung des Verwendungszwecks** gem § 24 Abs 1 Z 3 Oö BauO bereits dann bewilligungspflichtig ist, wenn die abstrakte Möglichkeit von in dieser Gesetzesbestimmung angeführten Beeinträchtigungen oder Umwelteinwirkungen besteht, ist die Beurteilung der belangten Behörde, dass die mit der Benützung des Gartenhauses der Bf für die **Taubenhaltung** verbundene Änderung des Verwendungszweckes der Bewilligungspflicht nach § 24 Abs 1 Z 3 leg cit unterliege, nicht zu beanstanden

24.06.2015, [Ra 2014/04/0042](#)

VwGG; eine **Revision ist unzulässig**, wenn der VwGH zur Erkenntnis gelangt, dass der Revisionswerber durch die angefochtene Entscheidung unabhängig von der Frage ihrer Gesetzmäßigkeit in seinem Recht nicht verletzt sein kann; ggst geht es um die neuerliche Zustellung des erstinstanzlichen Gewerbeentziehungsbescheids; durch das angefochtene Erkenntnis des VwG, mit dem der **Antrag auf neuerliche Zustellung des Gewerbeentziehungsbescheids zurückgewiesen** wird, kann der Revisionswerber nicht in seinen Rechten verletzt sein

24.06.2015, [Ra 2015/04/0040](#)

VwGVG; die **Weiterleitung einer Beschwerde** vom unzuständigen LVwG an das BVwG ist nicht als verfahrensabschließender Beschluss, sondern als – wenngleich ebenfalls in Beschlussform zu treffende (§ 31 Abs 1 VwGVG) – **verfahrens-**

leitende Anordnung iSd § 31 Abs 2 und 3 letzter Satz VwGVG zu qualifizieren; gegen diesen verfahrensleitenden Beschluss ist eine abgesonderte **Revision nicht zulässig**

29.07.2015, [2012/07/0118](#)

WasserrechtsG; Ansuchen um wasserrechtliche Bewilligung zur Errichtung von **Hochwasserschutzmaßnahmen**; die von der belangten Behörde festgelegte zweiwöchige Frist zur Stellungnahme zum **Schleppspannungsnachweis** ist angemessen; keine Änderung des „Wesens“ des Projekts durch Verkürzung des Bauprojekts von 337 m auf 269 m; keine Verschlechterung der **Hochwasserabflusssituation** im Bereich der Liegenschaft des Bf durch das Projekt

29.07.2015, [2012/07/0280](#)

WasserrechtsG; Anordnung eines **Schutzgebiets gem § 34 Abs 1 WasserrechtsG**; angesichts einer von den Antragstellern erst im laufenden Verfahren aus verfahrenstaktischen Gründen veranlassten Trennung ihrer Liegenschaft von einer unbeschränkt zur Verfügung stehenden öffentlichen Wasserversorgungsanlage stellt die dargelegte mögliche Gefährdung des Hausbrunnens durch die landwirtschaftliche Nutzung der Nachbargrundstücke keinen ein öffentliches Interesse an der Schutzgebietsausweisung rechtfertigenden besonderen Umstand dar

29.07.2015, [Ra 2015/07/0010](#)

AbfallwirtschaftsG; Auftrag zur Beseitigung von Abfällen; es nicht von vornherein auszuschließen, dass eine **Lagerung von Abfällen** keiner behördlichen Bewilligung bedarf; angesichts dessen hätte das LVwG nicht von einer „grundsätzlichen Bewilligungspflicht von Zwischenlagern“ ausgehen dürfen, sondern die **Bewilligungspflicht** der ggst Ablagerung **konkret prüfen und entsprechend begründen** müssen; besteht eine Bewilligungspflicht, bedarf es keiner weiteren Auseinandersetzung mehr mit der Frage, ob die Lagerung auf einem „geeigneten Ort“ erfolgte

29.07.2015, [Ra 2015/07/0034](#)

Stmk EinforstungsrechteG; Neuregelung des **Einforstungsrechts** in einem Einforstungsplan; bei der **Beurteilung des dauernden Ersatzes** (§ 34 Z 3 StELG) steht die bestehende Erforderlichkeit außer Streit; es ist möglich, trotz eines bestehenden Ersatzes (etwa durch hinzugekommenen Eigenwald) das Einforstungsrecht weiterhin geltend zu machen, um die Entnahme aus dem Eigenwald nicht vornehmen zu müssen; eine tragfähige Begründung für das Nichtbestehen eines dauernden Ersatzes liefert dieses Argument jedenfalls nicht

29.07.2015, [Ra 2015/07/0076](#)

Stmk AgrargemeinschaftenG; eine Bestimmung in der Satzung einer **Agrargemeinschaft**, die in bestimmten Angelegenheiten die **Abstimmung nach Köpfen statt nach Anteilen** in der Vollversammlung vorsieht, ist angesichts der ggst gegebenen, besonderen Struktur der Agrargemeinschaft (ein Mitglied der Agrargemeinschaft verfügt über mehr als die Hälfte der Anteile) sachgerecht; als Rechtsschutz steht die Möglichkeit der Erhebung einer Minderheitenbeschwerde gegen Vollversammlungsbeschlüsse offen

04.08.2015, [2012/06/0215](#)

Stmk BauG; Ansuchen um Baubewilligung für einen Fensteraustausch; bei einer **Änderung des rechtmäßigen Bestands** sind Nachbareinwendungen hinsichtlich der brandschutztechnischen Ausführung der Außenwände nur soweit zu berücksichtigen, als sie die baulichen Änderungen betreffen; **Einwendungen betreffend den Altbestand** können nicht erneut aufgerollt werden

04.08.2015, [Ro 2014/06/0022](#)

Stmk BauG; Baubewilligung für den Umbau eines Wohn- und Bürogebäudes; die belangte Behörde verweist hinsichtlich der eingewendeten Lärmbeeinträchtigungen auf eine eingetretene Präklusion, da die vorgenommenen **Projektänderungen** so geringfügig seien, dass sie keinen **Einfluss auf die Schallsituation** haben und daher nicht von Einfluss auf die eingetretene Präklusion sein könnten; die belangte Behörde verneint das Vorliegen besonderer Umstände ohne jede Begründung und ohne sich mit dem Vorbringen der Revisionswerberin erkennbar auseinanderzusetzen; insofern blieb das Verfahren mangelhaft

C. Verwaltungsgerichte

LVwG Tir 03.09.2015, [LVwG-2015/26/1947-2](#)

Tir RaumordnungsG; im Verfahren zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung betreffend die Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzepts kommt nur der Gemeinde Parteistellung zu; für das Verfahren zur Änderung des örtlichen Raumordnungskonzepts kann nichts anderes gelten; ebenso ist auch in Bezug auf das Aufsichtsverfahren betreffend eine **Änderung des Flächenwidmungsplans** festzuhalten, dass **Parteistellung** in einem solchen **aufsichtsbehördlichen Genehmigungsverfahren** allein der Gemeinde zukommt, um deren generellen Verwaltungsakt es geht

LVwG Vbg 05.03.2015, [LVwG-461-003/R6-2014](#)

AltlastensanierungsG; das **Befördern von Abfällen** zu einer Tätigkeit gem § 3 Abs 1 Z 1 bis 3a AltlastensanierungsG **außerhalb des Bundesgebiets** ist auch dann altlastenbeitragspflichtig, wenn dieser Tätigkeit ein oder mehrere Behandlungsverfahren vorgeschaltet sind; § 4 AltlastensanierungsG enthält betreffend den **Beitragsschuldner** jedoch keinen Verweis auf § 3 Abs 1 Z 4 leg cit, weshalb § 4 Z 2 leg cit durch Analogie so auszulegen ist, dass Beitragsschuldner auch derjenige ist, der eine Tätigkeit iSd § 3 Abs 1 Z 4 leg cit durchführt

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[08.09.2015, Rs C-511/13 P, Philips Lighting Poland und Philips Lighting / Rat](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – Verordnung (EG) Nr 384/96 – Art 4 Abs 1, Art 5 Abs 4 und Art 9 Abs 1 – Verordnung (EG) Nr 1205/2007 – **Einfuhren integrierter elektronischer Kompakt-Leuchtstofflampen (CFL-i)** mit Ursprung in China, Vietnam, Pakistan und den Philippinen – **Schädigung des Wirtschaftszweigs** der Gemeinschaft – Erheblicher Teil der gesamten Gemeinschaftsproduktion gleichartiger Waren

[08.09.2015, Rs C-44/14, Spanien / Parlament und Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Verordnung (EU) Nr 1052/2013 – Überschreitung der Außengrenzen – **Eurosur-System** – **Weiterentwicklung** der Bestimmungen des **Schengen-Besitzstands** – Beteiligung – Zusammenarbeit mit Irland und dem Vereinigten Königreich – Gültigkeit

[08.09.2015, Rs C-105/14, Taricco ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Strafverfahren** betreffend **Mehrwertsteuerdelikte** – Art 325 AEUV – Nationale Regelung, die absolute Verjährungsfristen vorsieht, die zur Straffreiheit der Delikte führen können – Potenzielle Beeinträchtigung der **finanziellen Interessen** der Europäischen Union – Pflicht des nationalen Gerichts, **jede Bestimmung des innerstaatlichen Rechts**, die die unionsrechtlichen Pflichten der Mitgliedstaaten beeinträchtigen kann, **unangewendet** zu lassen

[09.09.2015, Rs C-20/13, Unland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 2, Art 3 Abs 1 Buchst c und Art 6 Abs 1 – **Unmittelbare Diskriminierung** wegen des **Alters** – Grundgehalt der Richter – Überleitungsregelung – Überleitung und weiterer Aufstieg – Perpetuierung des Gehaltsunterschieds – **Rechtfertigungsgründe**

[09.09.2015, Rs C-506/13 P, Lito Maieftiko Gynaikologiko kai Cheirurgiko Kentro / Kommission](#)

Rechtsmittel – Vertrag über einen **finanziellen Gemeinschaftsausschuss** für ein Projekt im Bereich der **medizinischen Zusammenarbeit** – Entscheidung der Kommission, die **Rückforderung** eines Teils der überwiesenen Vorschüsse zu betreiben – Nichtigkeitsklage – Unzulässigkeit

[09.09.2015, Rs C-4/14, Bohez](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 1 Abs 2 und Art 49 – **Gerichtliche Zuständigkeit** und Vollstreckung von Entscheidungen in **Zivil- und Handelssachen** – Ausgeschlossene Rechtsgebiete – **Familienrecht** – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 47 Abs 1 – Zuständigkeit sowie Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Verfahren betreffend die **elterliche Verantwortung** – Entscheidung über das Umgangsrecht, in der ein Zwangsgeld festgesetzt wird – **Vollstreckung des Zwangsgelds**

[09.09.2015, verb Rs C-72/14 und C-197/14, X](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Wandererwerbstätige** – Soziale Sicherheit – **Anzuwendende Rechtsvorschriften** – **Rheinschiffer** – Bescheinigung E 101 – Beweiskraft – Anrufung des Gerichtshofs – Vorlagepflicht

[09.09.2015, Rs C-240/14, Prüller-Frey](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Haftung von Luftfahrtunternehmen** bei Unfällen – **Schadensersatzklage** – Übereinkommen von Montreal – Verordnung (EG) Nr 2027/97 – Unentgeltlich vom Eigentümer einer Liegenschaft durchgeführter Flug zu dem Zweck, einem Kaufinteressenten diese Liegenschaft zu zeigen – Verordnung (EG) Nr 864/2007 – Im nationalen Recht vorgesehene **Direktklage gegen den Haftpflichtversicherer**

[10.09.2015, Rs C-569/13, Bricmate](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Handelspolitik – Auf die **Einfuhren von Keramikfliesen mit Ursprung in China** eingeführter Antidumpingzoll – Durchführungsverordnung (EU) Nr 917/2011 – Gültigkeit – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 3 Abs 2, 3, 5 und 6, Art 17, Art 20 Abs 1 – **Feststellung** der **Schädigung** und des **Kausalzusammenhangs** – Sachliche Fehler und offensichtliche Beurteilungsfehler – **Sorgfaltspflicht** – Prüfung der Angaben, die von einem in die Stichprobe einbezogenen Einführer übermittelt wurden – Begründungspflicht – Verteidigungsrechte

[10.09.2015, Rs C-687/13, Fliesen-Zentrum Deutschland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Dumping – **Antidumpingzoll** auf die Einfuhren von Keramikfliesen mit Ursprung in China – Durchführungsverordnung (EU) Nr 917/2011 – Gültigkeit – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 2 Abs 7 Buchst a – Normalwert – Ermittlung auf der Grundlage des Preises in einem Drittland mit Marktwirtschaft – **Wahl des geeigneten Drittlands** – Sorgfaltspflicht – Verteidigungsrechte – Begründungspflicht – **Stichprobenverfahren**

[10.09.2015, Rs C-47/14, Holterman Ferho Exploitatie ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 5 Nr 1 – Zuständigkeit für Klagen aus Vertrag – Art 5 Nr 3 – **Zuständigkeit** bei einer **unerlaubten Handlung** oder bei Ansprüchen aus einer solchen Handlung – Art 18 bis 21 – **Individueller Arbeitsvertrag** – Vertrag als Geschäftsführer einer Gesellschaft – **Beendigung des Vertrags** – Gründe – Unzulängliche Erfüllung der Aufgaben und unerlaubte Handlung – Klage auf Feststellung und **Schadensersatz** – Begriff ‚individueller Arbeitsvertrag‘

[10.09.2015, Rs C-81/14, Nannoka Vulcanus Industries](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 1999/13/EG – Anhang II B – **Luftverschmutzung** – Flüchtige organische Verbindungen – **Emissionsminderung** – Verwendung organischer Lösungsmittel bei bestimmten Tätigkeiten und in bestimmten Anlagen – Pflichten, die für bestehende Anlagen gelten – **Fristverlängerung**

[10.09.2015, Rs C-106/14, FCD und FMB](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umwelt** und **Schutz der menschlichen Gesundheit** – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 (REACH-Verordnung) – Art 7 Abs 2 und Art 33 – Besonders besorgniserregende Stoffe, die in Erzeugnissen enthalten sind – **Unterrichtungs- und Informationspflicht** – Berechnung des Schwellenwerts von 0,1 Massenprozent

[10.09.2015, Rs C-266/14, Federación de Servicios Privados del sindicato Comisiones obreras](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2003/88/EG – **Schutz der Sicherheit** und der **Gesundheit der Arbeitnehmer** – Arbeitszeitgestaltung – Art 2 Nr 1 – **Begriff ‚Arbeitszeit‘** – Arbeitnehmer, die keinen festen oder gewöhn-

lichen Arbeitsort haben – Fahrzeit zwischen dem Wohnort der Arbeitnehmer und dem Standort des ersten und des letzten Kunden

[10.09.2015, Rs C-408/14, Wojciechowski](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Beamter** der Europäischen Union im **Ruhestand**, der vor seinem Dienstantritt in dem Mitgliedstaat seiner dienstlichen Verwendung eine unselbständige Erwerbstätigkeit ausgeübt hat – Rentenanspruch nach dem **nationalen Rentensystem** für Arbeitnehmer – Laufbahneinheit – Weigerung, die Altersrente für Arbeitnehmer zu zahlen – **Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit**

[10.09.2015, Rs C-473/14, Dimos Kropias Attikis](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/42/EG – **Prüfung der Umweltauswirkungen** bestimmter Pläne und Programme – Vorschriften zum Schutz des **Hymettos-Bergmassivs** – Verfahren zur Änderung – Anwendbarkeit dieser Richtlinie – Bauleitplan und Umweltschutzprogramm für den Großraum Athen

B. Schlussanträge

[08.09.2015, Rs C-297/14, Hobohm \(GA Cruz Villalón\)](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Zuständigkeit für Verbrauchersachen – Art 15 Abs 1 Buchst c – Auf einen anderen Mitgliedstaat ausgerichtete Tätigkeit – **Begriff der beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit**, die auf **den Mitgliedstaat des Verbrauchers** ausgerichtet ist – **Geschäftsbesorgungsvertrag** zur Verwirklichung des wirtschaftlichen Erfolgs eines zuvor geschlossenen Vertrags, der in den Bereich der auf den Mitgliedstaat des Verbrauchers ausgerichteten beruflichen Tätigkeit des Unternehmers fällt

[08.09.2015, Rs C-324/14, PARTNER Apelski Dariusz \(GA Jääskinen\)](#)

Vergabe öffentlicher Aufträge – Richtlinie 2004/18 – Art 48 Abs 3 – Technische und berufliche Leistungsfähigkeit eines Wirtschaftsteilnehmers – Möglichkeit der Bieter, sich ‚gegebenenfalls‘ auf die Kapazitäten anderer Unternehmen zu stützen – Art der Verbindungen zwischen dem Bieter und diesen anderen Unternehmen – Form und Umfang der **Nutzung der Kapazitäten anderer Unternehmen** – In der Auftragsbekanntmachung anzugebende Informationen – Bedeutung der Richtlinie 2014/24 für die Auslegung der Richtlinie 2004/18

[09.09.2015, Rs C-115/14, RegioPost \(GA Mengozzi\)](#)

Rein interner Sachverhalt – **Nationale Identität** – Art 4 Abs 2 EUV – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Art 56 AEUV – Richtlinie 96/71/EG – Art 3 Abs 1 – Richtlinie 2004/18/EG – Art 26 – Öffentliche Aufträge – **Postdienstleistungen** – Nationale Regelung, die Bieter und Nachunternehmern vorschreibt, sich zu verpflichten, einen **Mindestlohn** an das für die Ausführung der Leistungen, die Gegenstand eines **öffentlichen Auftrags** sind, eingesetzte Personal zu zahlen

[10.09.2015, Rs C-294/14, ADM Hamburg \(GA Wahl\)](#)

Verkehr – Zollunion und Gemeinsamer Zolltarif – Zollkodex der Gemeinschaften – **Zollpräferenzen** – Art 74 Abs 1 der Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Ursprungserzeugnisse, die aus einem begünstigten Land ausgeführt wurden – Erfordernis, dass die zur **Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr** in der Europäischen Union **angemeldeten Erzeugnisse** dieselben sind wie die, die aus dem begünstigten Land, als dessen **Ursprungserzeugnisse** sie gelten, ausgeführt wurden – Sendung bestehend aus einer Mischung von Rohpalmkernöl mit Ursprung in verschiedenen Ländern, denen dieselbe Präferenzbehandlung zugutekommt

[10.09.2015, Rs C-301/14, Pfotenhilfe-Ungarn \(GA Sharpston\)](#)

Landwirtschaft – Verordnung (EG) Nr 1/2005 – **Schutz von Tieren beim Transport** – Transport von Tieren ‚in Verbindung mit einer wirtschaftlichen Tätigkeit‘ – Richtlinie 90/425/EWG – **Veterinärrechtliche** und **tierzüchterische Kontrollen** im innergemeinschaftlichen Handel – ‚Unternehmer, die den innergemeinschaftlichen Handel mit Tieren ... betreiben‘ – Gemeinnütziger Verein, der herrenlose Hunde von einem Mitgliedstaat in einen anderen transportiert, um sie gegen Entgelt an Dritte zu vermitteln

[10.09.2015, Rs C-315/14, Marchon Germany \(GA Szpunar\)](#)

Richtlinie 86/653/EWG – Art 17 – **Selbständige Handelsvertreter** – Beendigung eines Vertragsverhältnisses – Ausgleichsanspruch eines Handelsvertreters – **Begriff ‚neue Kunden‘**

[10.09.2015, Rs C-471/14, Seattle Genetics \(GA Jääskinen\)](#)

Gewerbliches Eigentum – Patentrecht – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Art 13 Abs 1 – Ergänzendes Schutzzertifikat für Arzneimittel – **Gültigkeitsdauer des Zertifikats** – Begriff ‚Zeitpunkt der ersten Genehmigung für das Inverkehrbringen in der Gemeinschaft‘ – Autonomer Begriff – Berücksichtigung des Zeitpunkts, zu dem die Genehmigung erteilt wurde, oder des Zeitpunkts, zu dem dieser Beschluss seinem Adressaten bekannt gegeben wurde

C. Gericht

[10.09.2015, Rs T-321/14, Volkswagen / HABM \(STREET\)](#)

Gemeinschaftsmarke – Anmeldung der **Gemeinschaftswortmarke STREET** – Absolute Eintragungshindernisse – Beschreibender Charakter – **Fehlende Unterscheidungskraft** – Art 7 Abs 1 Buchst b und c der Verordnung (EG) Nr 207/2009

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

03.09.2015, Beschwerde Nr. [42875/10](#), *Berland / Frankreich*

Keine Verletzung von Art 7 Abs 1 EMRK (Keine Strafe ohne Gesetz); nach Inkrafttreten des diesbezüglichen Gesetzes zur Anordnung einer **Sicherungsverwahrung** über den Bf, der zuvor aufgrund seiner **Schuldunfähigkeit** nicht wegen Mordes verurteilt worden war; verhängte Maßnahmen der Sicherungsverwahrung nicht als Folge der Verurteilung, sondern der Schuldunfähigkeit und somit nicht von Straf-, sondern **Präventivcharakter**; keine rückwirkende Anwendung von Strafbestimmungen

03.09.2015, Beschwerde Nr. [27013/10](#), *Sérvulo & Associados – Sociedade de Advogados RL / Portugal*

Keine Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Durchsuchung** der **Anwaltskanzlei** und **Beschlagnahme** von Dateien und E-Mails im Zuge einer Ermittlung aufgrund des Verdachts von Korruption, des Erwerbs verbotener Anteile sowie Geldwäsche nicht konventionswidrig; hinreichender Schutz vor Missbrauch und Willkür und zur Wahrung der anwaltlichen Schweigepflicht durch **Verfahrensgarantien**

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.